

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Bundeswehr muss bestmögliche Struktur erhalten

Verteidigungsminister macht die richtigen Vorschläge

Der Umbau der Bundeswehr ist eines der zentralen Vorhaben der christlich-liberalen Koalition. Der Abschied von der Wehrpflicht ist vielen von uns in den Unionsparteien und der Fraktion schwer gefallen, da sie ein Grund dafür war, dass in unserem Land die Armee so gut in die Gesellschaft eingebettet ist.

Doch die Reform ist ein notwendiger Schritt. Die Bundeswehr benötigte schon in den vergangenen Jahren immer weniger Wehrpflichtige. Über zwei Drittel eines Jahrgangs wurden gar nicht mehr einberufen. Viele, die es traf, fragten zu Recht, wo die Wehrgerechtigkeit bliebe. Sehr wahrscheinlich wären wir schon in Kürze von den Gerichten gezwungen worden, uns von der Wehrpflicht zu verabschieden.

Unser neuer Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat nun Vorschläge für die neue Struktur der Bundeswehr vorgelegt. Seine Pläne werden die Bundeswehr in die Lage versetzen, ihre neuen Aufgaben noch besser wahrnehmen zu können. Es werden auf unsere Streitkräfte auch in den nächsten Jahren weitere Auslandseinsätze zukommen. Sie werden notwendig sein, um Deutschlands Sicherheit zu gewährleisten. Die Bundesrepublik wird darüber hinaus aber auch angefragt werden, um Krisenregionen zu stabilisieren.

„Toleranz würde Ägypten nützen“

Thomas de Maizière will die Strukturen der Bundeswehr umbauen. Zu Recht stellt er in der ihm eigenen präzisen Art den jetzigen Zustand infrage. Strukturen haben immer nur eine dienende Funktion. Sie müssen effektiv sein, damit die Bundeswehr ihre Ziele bestmöglich erreichen kann. Vor allem müssen sie so angelegt sein, dass sie dem einzelnen Soldaten im Auslandseinsatz optimal nützen.

Die Geschichte hört nie auf. Wir erleben dies heute in Nordafrika und im Nahen Osten. In Ägypten habe ich mich

vor kurzem über die Lage nach der Revolution vom Februar informiert. Speziell ging es mir dabei erneut um die Situation der Kopten.



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die weitere Entwicklung in dem Land lässt sich nur schwer einschätzen. Ich habe aber nach meinen Gesprächen in Kairo weiter die Hoffnung, dass sich in Ägypten eine wahre Demokratie, die die Achtung der Menschenrechte einschließt, etablieren kann. Dazu müssen die Kopten auch volle Religionsfreiheit genießen. Dies muss in der Verfassung verankert werden. Ich habe in Kairo deutlich gemacht, dass dies die Entwicklung des Landes insgesamt fördern würde. Toleranz beflügelt eine Gesellschaft. Sie macht ein Land anziehender – für Investoren von außen, aber auch für Besucher.

Wollen herüber

Inhalt

Bundeswehr muss bestmögliche Struktur erhalten	1
Moderne Energie für ein modernes Land	2
Zeitenwende in der arabischen Welt	3
„International auf Augenhöhe“	4
Parlamentarier ziehen Linke zur Rechenschaft	5
Kinderlärm darf kein Grund zur Klage sein	6
Die Verkehrssicherheit auf Deutschlands Straßen weiter verbessern	6
Die Überprüfung auf Stasi-Vergangenheit im öffentlichen Dienst muss fortgesetzt werden	7
Futter- und Lebensmittelsicherheit wird erhöht	7
Deutschland unterstützt Ägypten beim Prozess der Demokratisierung	8
Forschungsqualität darf nicht verwässert werden	9
Arbeitnehmerfreizügigkeit bislang problemlos	9
Rente krisenfest machen	10
Kraft des Aufschwungs für Arbeitsmarkt nutzen	10
Letzte Seite	11

Impressum

Herausgeber
Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015
Telefax (030) 227 56660
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Moderne Energie für ein modernes Land



Stefan Müller
Parlamentarischer Geschäftsführer der
CSU-Landesgruppe

Foto Henning Schacht

Im Herbst vergangenen Jahres hatte die christlich-liberale Koalition in einem umfassenden Energiekonzept einen umfangreichen Instrumentenkasten erarbeitet, um den Aufbruch in das Zeitalter der erneuerbaren Energien zu meistern. Jetzt setzen wir unsere ganze Kraft daran, alle Instrumente zu überprüfen und den Umstieg schneller zu erreichen.

Klimaschutz und Preisentwicklung beachten

In enger Zusammenarbeit mit der Bundesregierung berät die Koalitionsarbeitsgruppe Energie die Kernpunkte, die wir dabei berücksichtigen müssen. Dazu gehören beispielsweise Antworten auf die Fragen: Wie können wir ohne Kernenergie unsere anspruchsvollen Klimaschutzziele erreichen? Wie können wir den zu erwartenden Strompreisanstieg begrenzen – sowohl für die Menschen als auch für unsere im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen? Und: Wie gewährleisten wir auch weiterhin unsere weltweit beispielhafte Stromversorgungssicherheit? Am Wochenende wird sich die Ethik-

kommission treffen und am Montag ihren Bericht an die Bundeskanzlerin übergeben. Über deren Empfehlungen und Konsequenzen für die zu novellierenden Gesetze werden wir bereits in der kommenden Woche in einer Sonderfraktionssitzung beraten.

Energiewende erfordert Kraftanstrengung

Dabei wird es nicht nur um die Frage gehen, wann das letzte Kernkraftwerk dauerhaft vom Netz genommen wird. Entscheidend ist: Wie wird es uns gelingen, den Energieverbrauch zu senken, unsere Stromnetze qualitativ und quantitativ zu verbessern und vor allem den Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich zu beschleunigen? Auf all diese Fragen verlangen die Menschen in unserem Land zu Recht Antworten. Deshalb sollten wir auch die ursprünglich für Herbst geplante Novellierung des EEG noch vor der Sommerpause abschließen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist einer der Schlüssel für unseren Weg in eine moderne, zukunftsorientierte Energieversorgung. Je schneller wir auf diesem Weg erfolgreich sind, desto schneller können wir uns von der Brückentechnologie Kernenergie verabschieden. Nur wenn wir den Menschen schnell die richtigen Antworten geben, können wir sie auch von unserem Weg überzeugen.

Nicht jede Entscheidung wird leicht sein. In unseren Wahlkreisen werden wir konfrontiert mit Standortentscheidungen über neue Windräder und Stromtrassen. Deshalb wird unser Energiewechsel nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Politik, Wirtschaft und Bevölkerung gelingen.

Zeitenwende in der arabischen Welt

Regierungserklärung Merkels zum G-8-Gipfel in Frankreich

Bundeskanzlerin Angela Merkel setzt sich für konkrete Hilfen an die arabische Welt ein, die nach den friedlichen Revolutionen in Tunesien und Ägypten vor einer Zeitenwende steht: Die acht bedeutendsten Industriestaaten sollen eine „Partnerschaft für Beschäftigung“ mit den Reformstaaten eingehen, um die dringendsten Her-

ausforderungen – die Arbeitslosigkeit und fehlende Ausbildungsstrukturen – abzumildern. Dies forderte Merkel in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag zum G-8-Gipfel, der am Donnerstag und Freitag im französischen Badeort Deauville stattfand. Es sei zudem wichtig, schnell zu helfen, da der Faktor Zeit eine große Rolle bei den Umbrüchen spiele. Man schaffe „konkrete Hilfe für Menschen, die eine Perspektive brauchen“, sagte Merkel. „Wir müssen dazu beitragen, dass die ersten politischen Fortschritte nicht durch wirtschaftliche Instabilität gefährdet werden.“



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

G8

In der Gruppe der Acht haben sich Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, die USA, Kanada und seit 1998 auch Russland zu einem informellen Forum zusammengeschlossen. Nach der Ölkrise und dem Zusammenbruch des Systems der festen Wechselkurse (Bretton Woods) trafen sich 1975 die Gründungsmitglieder auf Initiative des früheren deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt und des damaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing zu einem Kaminesgespräch in Schloss Rambouillet. Die Staats- und Regierungschefs der G8 kommen seitdem einmal im Jahr zusammen und tauschen sich zu globalen politischen Fragen aus.

Standen nach der Gründung zunächst wirtschaftspolitische Fragen im Vordergrund, umfassen die Gespräche inzwischen auch Themen aus den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, Klima und Entwicklung. Die G8 verfügt weder über eine institutionalisierte Struktur noch über einen Verwaltungsapparat. Dies verleiht der wechselnden einjährigen Präsidentschaft besondere Bedeutung.

Seit der Weltfinanzkrise 2008 hat sich die Rolle der G8 im globalen Institutionengefüge geändert. Inzwischen hat sich die Gruppe der Zwanzig (G20) als das zentrale Forum für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit herauskristallisiert. In ihr sind neben den Industrieländern auch die für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit bedeutendsten Schwellenländer vertreten.

Stillstand im Nahostkonflikt überwinden

Zum Treffen der Staats- und Regierungschefs in Deauville waren die Premierminister von Ägypten und Tunesien eingeladen. Besorgt zeigte sich Merkel über die Lage in Libyen und Syrien. In diesen Ländern hielten sich die Führungen „nur noch durch rohe Gewalt gegen die eigene Bevölkerung an der Macht“. Syrien sei ein „Riesenschauspiel“. Die Gewalt dort verurteilte die Bundeskanzlerin eindeutig.

Mit Blick auf den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern warnte Merkel vor einseitigen Maßnahmen. Das Ziel der Bemühungen seien zwei Staaten, die in Frieden und Sicherheit Seite an Seite lebten. „Der Stillstand muss überwunden werden“, forderte die Kanzlerin.

Bildung als Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit

Weiteres Thema auf dem Gipfel war die nukleare Sicherheit nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima in Japan. Der japanische Ministerpräsident Naoto Kan sollte seinen Amtskollegen über das Unglück und seine Konsequenzen berichten. Merkel trat dafür ein, die Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke auch auf internationaler Ebene zu überprüfen.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder berichtete in der anschließenden Bundestagsdebatte von seiner zweiten Reise nach Ägypten und den Hoffnungen, den seine ägyptischen Gesprächspartner mit Europa und Deutschland verbinden. Deutschland könne bei der Ausbildung junger Menschen eine Vorbildfunktion einnehmen. Daher werde Bildung ein Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit sein, sagte Kauder. Dazu gehöre auch der Ausbau deutscher Auslandsschulen.

Kauder forderte vom G-8-Gipfel ein klares Wort zur Sicherheitslage in Ägypten. Die koptischen Christen machten sich zu Recht Sorgen um ihre Sicherheit, sagte er. Der jetzige ägyptische Ministerpräsident müsse bereit sein, koptische Christen vor Übergriffen zu schützen. Der Rechtsstaatsdialog sei von großer Bedeutung für die zukünftige Entwicklung.

„International auf Augenhöhe“

Ernst-Reinhard Beck zur Bundeswehrreform – 10.000 Soldaten künftig für Auslandseinsätze bereit – Verschlinkung des Ministeriums geplant



Ernst-Reinhard Beck
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Verteidigungsminister Thomas de Maizière stellte in dieser Woche im Bundestag sein Konzept zur Neuausrichtung der Bundeswehr vor. „Fraktion direkt“ sprach mit dem verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ernst-Reinhard Beck, darüber.

Herr Beck, die Bundeswehr steht vor gewichtigen Aufgaben. Über die Landesverteidigung hinaus trägt sie Verantwortung in der NATO, auch für die internationale Konfliktverhütung und -bewältigung. Sie beteiligt sich an militärischen Aufgaben der Europäischen Union und ist Teil der globalen Sicherheitszusammenarbeit. Durch welche Maßnahmen des vom Verteidigungsminister vorgestellten Reformkonzepts wird die Bundeswehr diesen Aufgaben in Zukunft besser gerecht werden können?

Beck: Mit der Erhöhung der nationalen Zielvorgabe auf bis zu 10.000 durchhaltefähig einsetzbare Soldaten im Auslandseinsatz bei sinkendem Gesamtumfang erreichen wir eine deutliche Effizienzsteigerung. Hiermit können wir uns international auf

Augenhöhe bewegen. Hinzu kommen Maßnahmen wie die Verschlinkung der Strukturen im Verteidigungsministerium oder der Wegfall von Hierarchieebenen und Ämtern. Hinderliche Doppelstrukturen und unklare Verantwortlichkeiten werden so beseitigt. Auch die geplante Neuorganisation des Beschaffungsprozesses zählt zu den wichtigsten Modernisierungsmaßnahmen.

„Sicherheitspolitik nach Kassenlage lehnen wir ab“

Die künftige finanzielle Ausstattung der Bundeswehr steht noch nicht fest. Die bisherigen Sparpläne von 8,3 Milliarden Euro werden teils als zu umfangreich kritisiert. Wo sehen Sie Spielräume für die Haushaltsverhandlungen im Herbst?

Beck: Die Bundeswehr muss die finanziellen Mittel bekommen, die sie zur Aufgabenerfüllung benötigt. Sicherheitspolitik nach Kassenlage haben wir immer abgelehnt. Im Sinne von gesamtstaatlicher Verantwortung kann ich mir vorstellen, dass wir die bereits im Koalitionsvertrag beschlossene Auslagerung von Kosten für Auslandseinsätze umsetzen. Auch die zunehmenden Pensionslasten, die aufgrund des jetzt notwendigen Personalabbaus den Verteidigungsetat zusätzlich einschnüren, sind ein mögliches Verhandlungsthema.

Auch die Standortfrage wird im Herbst diskutiert werden. Was sind aus Ihrer Sicht die zentralen Kriterien für die Auswahl der Standorte?

Beck: Ein Standort muss militärisch sinnvoll, wirtschaftlich nutzbar, attraktiv für die Beschäftigten und in der Bevölkerung verankert sein, auch

was die Rekrutierung im Umfeld angeht. Standorte, die diese Kriterien erfüllen, haben eine gute Chance, bestehen zu bleiben.

Teil des Reformkonzepts ist die Gewinnung von freiwillig Wehrdienstleistenden. Welche Anreize sind hier zu schaffen, um junge Menschen für diesen neuen Dienst zu gewinnen?

Beck: Die jungen Menschen müssen vor allem davon überzeugt sein, dass es sich um gut genutzte Zeit handelt. Dazu gehört eine angemessene Besoldung, sinnvolle Aufgaben und Vorteile für das zivile Leben, beispielsweise eine erhöhte Anrechenbarkeit für Wartezeiten auf einen Studienplatz. Es muss auch das Bewusstsein in der Gesellschaft gestärkt werden, dass der Dienst für das eigene Land ein Ehrendienst ist.

Der Verteidigungsminister hat die gesellschaftliche Akzeptanz als eine wesentliche Herausforderung für eine gute Arbeit der Bundeswehr bezeichnet. Was kann die Politik hier leisten?

Beck: Das Thema Verteidigungspolitik gehört generell auf die Tagesordnung, unabhängig von aktuellen Geschehnissen. Politik darf sich nicht wegducken, wenn es um heikle Themen wie Waffeneinsatz, Tod oder Verwundung geht, sondern muss zu ihren Soldaten stehen. Die Politik muss der Bevölkerung immer wieder deutlich machen, dass die Bundeswehr und das, was Soldaten tun, entscheidend für die Sicherheit und das Wohlergehen unseres Landes sind.

Parlamentarier ziehen Linke zur Rechenschaft

Bundestag debattiert auf Antrag von CDU/CSU und FDP Studie über antisemitische und antiisraelische Tendenzen in der Linksfraktion

Für zunehmend antisemitische Tendenzen in ihren Reihen ist die Fraktion der Linken im Bundestag am Mittwoch zur Rechenschaft gezogen worden. Auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP debattierten die Parlamentarier in einer aktuellen Stunde eine wissenschaftliche Studie, die einigen Politikern der Linken unverhohlene Israel-Feindlichkeit vorwirft. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl, forderte die Parteiführung der Linken auf, sich klar von diesen Fällen zu distanzieren. „Es ist unsere historische Verantwortung, dass wir jede Form von Antisemitismus aufdecken, brandmarken und ächten“, sagte Uhl.

„Antisemitismus aufdecken, brandmarken und ächten“

Die Studie von Samuel Salzborn und Sebastian Voigt mit dem Titel „Antisemiten als Koalitionspartner?“ kommt zu dem Fazit, dass die Entwicklung in der Partei Die Linke beunruhigend sei – vor allem auf dem Gebiet der Außenpolitik. „Israel wird das Existenzrecht abgestritten und die Politik des jüdischen Staates mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht.“ Während auf der einen Seite die Heftigkeit der Kritik an Israel kaum zu überbieten sei, werde über unterdrückerische Verhältnisse in arabischen Staaten geschwiegen. Es würden sogar Forderungen nach einer Zusammenarbeit mit radikalen Islamisten laut.

Beispiel Gaza-Flottille

Die Studie listet zahlreiche Beispiele antiisraelischer Haltung auf, insbe-

sondere die Teilnahme aktueller und ehemaliger Parlamentarier der Linken an der sogenannten Gaza-Flottille im Mai 2010. Dieses „Solidaritätsschiff“ für die Palästinenser sei schon im Hafen von Istanbul mit antisemitischen Gesängen verabschiedet worden. An Bord hätten sich radikale Islamis-



©adamgolabek - Fotolia.com

ten und Vertreter protofaschistischer Organisationen befunden. Für ihre Teilnahme an der Aktion hätten sich die Linksabgeordneten nach ihrer Rückkehr keineswegs vor ihrer Partei rechtfertigen müssen. Die Vorsitzende Gesine Löttsch habe sogar ihren Stolz über die Gaza-Aktion zum Ausdruck gebracht und den Einsatz der israelischen Armee gegen das Schiff als „Verbrechen“ bezeichnet.

Als weiterer Beleg für den wachsenden Antisemitismus der Linken wurde in der Studie unter anderem angeführt, dass elf ihrer Abgeordneten zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht am 4. November 2008 im Bundestag einer interfraktionellen Resolution zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung des jüdischen Lebens in Deutschland nicht zugestimmt hätten. Bei einer Gedenkveranstaltung des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2010, auf der der israelische Staatspräsident Schimon Peres sprach, hätten sich mehrere Abgeordnete der Linksfraktion nach der Rede nicht von ihren

Sitzen erhoben. Peres' Großvater war von den Nazis ermordet worden.

Außerhalb der Verfassungsordnung

Die Abgeordneten aller Fraktionen außer der Linken verwiesen auf weitere Beispiele antisemitischen Verhaltens. So zeigte Hans-Peter Uhl ein Flugblatt, das sich vor wenigen Wochen auf der Internetseite des Duisburger Kreisverbandes der Linken gefunden hatte, in dem vom „sogenannten Holocaust“ die Rede war. Das Flugblatt bildet einen Judenstern ab, der in ein Hakenkreuz übergeht. Uhl nannte die Gleichstellung von Israel und dem nationalsozialistischen Deutschland „infam“. Er warf der Linken vor, „im Spektrum des Antisemitismus nach Wählerstimmen zu fischen“. Franz Josef Jung betonte, dass antisemitische Positionierungen „außerhalb unserer Verfassungsordnung und des demokratischen Grundkonsenses“ seien. Für solche Positionen dürfe es im deutschen Parlament keinen Platz geben.

Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Kretschmer konstatierte einen großen Unterschied zwischen demokratischen Parteien und der Linkspartei. „Mit einer solchen Partei darf man nicht zusammenarbeiten, darf man auch keine Regierung bilden“, betonte er.

Kinderlärm darf kein Grund zur Klage sein

Kinderlärm darf künftig kein Grund zur Klage mehr sein. Der Bundestag beschloss am Donnerstag eine entsprechende Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes.

Das Gesetz regelt, dass der von Kindertageseinrichtungen und Kinderspielflächen ausgehende Lärm künftig nicht mehr als „schädliche Umwelteinwirkung“ gewertet werden darf. Mit der Akzeptanz des Kinderlärms wird ein klares gesetzgeberisches Signal für eine kinderfreundliche Gesellschaft gesetzt.

In jüngster Zeit hat es verschiedene erfolgreiche Klagen gegen Kindertageseinrichtungen, Kinderspielflächen und ähnliche Einrichtungen gegeben. Grund der Konflikte ist immer wieder der durch Kinder und Jugendliche beim Spielen entstehende Geräuschpegel. Dabei wurde das Schreien, Weinen und Kreiseln von Kindern beim Spielen rechtlich oftmals als „schädliche Umwelteinwirkung“ behandelt, also genauso wie Geräusche von Maschinen oder Bau- und Verkehrslärm.



© marle - Fotolia.com

Die Verkehrssicherheit auf Deutschlands Straßen weiter verbessern

Antrag der Koalitionsfraktionen im Bundestag debattiert

Trotz aller Erfolge bei der Verbesserung der Verkehrssicherheit bleibt das Thema eine herausragende gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Im Jahr 2009 wurde mit 3.657 die niedrigste Anzahl von Verkehrstoten im deutschen Straßenverkehr seit Einführung der amtlichen Verkehrsunfallstatistik im Jahr 1953 registriert. Maßnahmen, die zu mehr Sicherheit auf Deutschlands Straßen beigetragen haben, waren unter anderem die Kampagne „Runter vom Gas“, „Begleitetes Fahren ab 17“ sowie die serienmäßige Ausrüstung von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen mit Tagfahrleuchten.

Trotzdem sind zusätzliche Anstrengungen notwendig, um das Verkehrssicherheitsniveau stetig zu erhöhen und die Zahl der Unfallopfer noch weiter zu senken. Der Bundestag debattierte dazu am Freitag einen Antrag der Koalitionsfraktionen.

Die christlich-liberale Koalition hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, die Zahl der Verkehrstoten bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Im Fokus der Verkehrssicher-

heitsarbeit stehen die schwächeren Verkehrsteilnehmer, die statistisch gesehen das größte Risiko tragen, bei einem Verkehrsunfall verletzt oder getötet zu werden. Dies betrifft Kinder unter 15 Jahren, Fahranfänger

zwischen 18 und 24 Jahren, ältere Menschen über 75 Jahre, Fußgänger, Fahrradfahrer, Motorradfahrer, Güterkraftfahrer sowie Verkehrsteilnehmer auf Landstraßen.

Kinder sollten Fahrradhelme tragen

Kinder sollen über Kampagnen dazu bewegt werden, freiwillig einen Fahrradhelm zu tragen. Ins Auge gefasst werden sollen auch Verbesserungsmöglichkeiten bei der Vorbereitung von Fahranfängern und bei der Fahrausbildung. Außerdem sollen die Chancen für den Einsatz sogenannter „Alkoloocks“ (elektronische Wegfahrsperren, die auf Alkohol im Atem reagieren) bei alkoholauffällig gewordenen Verkehrsteilnehmern geprüft werden. Auch wird es als hilfreich angesehen, bei älteren Verkehrsteilnehmern die Akzeptanz für freiwillige Gesundheitsprüfungen zu fördern.



© Bernd_Leitner - Fotolia.com

Die Überprüfung auf Stasi-Vergangenheit im öffentlichen Dienst muss fortgesetzt werden

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur muss weitergehen. Auch mehr als 20 Jahre nach dem Ende des sozialistischen Unrechtsregimes darf es keinen Schlussstrich unter die Vergangenheit geben. Dies ist die Koalition den Opfern des DDR-Unterdrückungsapparats schuldig.

Eines der wichtigsten Instrumente der Aufarbeitung ist der Zugang zu den Stasi-Unterlagen. Das Bedürfnis nach Einsichtnahme in die Stasi-Unterlagen ist bei Bürgern, Wissenschaftlern und Journalisten weiterhin groß; die entsprechenden Antragszahlen bewegen sich auf einem hohen Niveau. Deshalb müssen die zum Ende dieses Jahres auslaufenden Überprüfungsmöglichkeiten verlängert werden. Genau das sieht das Achte Gesetz

zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes vor, das in dieser Woche von den Koalitionsfraktionen in den Bundestag eingebracht wurde.

Ausweitung des Personenkreises vorgesehen

Der Gesetzentwurf sieht darüber hinaus die Ausweitung des Personenkreises vor, der auf eine frühere Stasi-Tätigkeit überprüft werden soll. Zu diesem Personenkreis sollen zukünftig auch Bewerber um Wahlämter zählen sowie all diejenigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die einen Dienstposten der Besoldungsgruppe A 13, der Entgeltgruppe E 13 oder einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe einnehmen und eine

leitende Funktion ausüben. Dies soll ebenso für entsprechend Beschäftigte in Einrichtungen gelten, bei denen sich die absolute Mehrheit der Anteile oder die absolute Mehrheit der Stimmen in öffentlicher Hand befindet. Regierungsmitglieder und Abgeordnete sollen auch weiterhin überprüft werden können. Die erhebliche Einschränkung des überprüfbaren Personenkreises im öffentlichen Dienst durch die letzte Novellierung wird dadurch endlich zurückgenommen.

Auch die Zugangsrechte zu den Stasi-Unterlagen sollen durch die Gesetzesnovelle erweitert werden. Davon profitieren werden insbesondere Wissenschaft und Forschung sowie Angehörige früherer Stasi-Opfer.

Futter- und Lebensmittelsicherheit wird erhöht

Bundestag verabschiedet Gesetzesnovelle – Kriminelles Handeln erschwert

Nur fünf Monate nach dem Dioxin-Skandal hat die christlich-liberale Koalition das Lebens- und Futtermittelgesetzbuch novelliert. Damit wird die Sicherheit der Futter- und Lebensmittel in Deutschland erhöht und der Verbraucherschutz verbessert. Das Netz der Kontrollen wird engmaschiger, kriminelles Handeln wird zukünftig deutlich erschwert.

Mit der Novelle führt die Koalition auch für private Labore eine Meldepflicht für gesundheitlich nicht erwünschte Stoffe in Lebens- und Futtermitteln ein. Darüber hinaus wird das Dioxin-Monitoring intensiviert, nach dem die Lebens- und Futtermittelunternehmen auch Eigenkontrollergebnisse zu schädlichen Stoffen wie Dioxin an die Behörden melden müssen. Denn bereits heute führt die Branche viele Eigenkontrollen auf Dioxine und andere Schadstoffe durch.

Höhere Strafen bei Verstößen

Dies wird dazu beitragen, Dioxin-Belastungen früher zu erkennen und mögliche Eintragswege auszuschließen. Die Koalition hat dafür Sorge getragen, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Laboren und Unternehmen durch die Meldepflichten nicht gestört wird. Das System der Eigenkontrolle wird weiter gestärkt.

Außerdem wird der Strafraum bei vorsätzlichen Verstößen angehoben. Künftig wird es als Straftat eingestuft, wenn Unternehmer vorsätzlich bestimmten Meldeverpflichtungen nicht nachkommen. Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 100.000 Euro wird bestraft, wer gesundheitsgefährdende Lebensmittel vorsätzlich in den Handel bringt oder gar als Wiederholungstäter auftritt.

Nach Inkrafttreten der Novelle müssen die Länder eine ausreichende Zahl von Kontrollen garantieren. Außerdem fordern Union und FDP die Einrichtung gut ausgebildeter Schwerpunktstaatsanwaltschaften.



© Eisenhans - Fotolia.com

Deutschland unterstützt Ägypten beim Prozess der Demokratisierung

Kauder erneut zu Besuch in Kairo – Ende der Gewalt gegen Kopten angemahnt

Drei Monate nach der friedlichen Revolution und vier Monate vor der Parlamentswahl ist Ägypten in Aufbruchstimmung. Vom Prozess der Demokratisierung und von der Lage der Kopten im Land machte sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder vergangene Woche selbst ein Bild. In Kairo ließ er sich von Vertretern der Regierung, der Opposition, der Muslimbruderschaft und der Kopten sowie von Verfassungsexperten über den Stand der Dinge unterrichten. Sein Fazit: Für den Aufbau eines demokratischen Systems, das Muslimen und Kopten gleiche Bürgerrechte zugesteht, hat Ägypten die Unterstützung Deutschlands. Die Gewalt gegen die koptischen Christen müsse ein Ende haben, mahnte er eindringlich angesichts der jüngsten Ausschreitungen, die erneut Todesopfer gefordert hatten.

gebung und bei der Kräftigung der Wirtschaft zu helfen“, sagte der Fraktionsvorsitzende. Wohlwollend nahm er die Bitte von Tourismusminister Mounir Fakhry Abdel Nour – dem einzigen Kopten in der Regierung – zur Kenntnis, die seit der Revolution ausbleibenden Touristen wieder zu Reisen nach Ägypten und die Privatwirtschaft zu Investitionen im Land zu ermuntern.

Touristen und Investoren wollen Sicherheit

Deutsche Touristen und Investoren würden dem vormals beliebten Reiseziel jedoch weiter den Rücken kehren, wenn die neue Regierung, die aus den Parlamentswahlen im September hervorgehen wird, das Problem der Gewalt gegen Kopten nicht in den Griff bekommen werde, warnte Kauder.

nen Ägypter aus.

Mit dem Sprecher des Patriarchats der Koptischen Kirche, Girgis Saleh, stimmte Kauder überein, dass Kopten und Muslime gleiche Bürgerrechte genießen müssten. Kauder sagte: „Das muss sich auch in einem säkularen Familienrecht ausdrücken.“ Kauder zeigte sich ermutigt, dass sich insbesondere viele junge Menschen in neugegründeten Parteien engagieren. „Allerdings haben diese Schwierigkeiten, sich angesichts des nahen Wahltermins zu organisieren. Ein großes Problem ergibt sich auch aus dem seit der Revolution bestehenden Sicherheitsvakuum“, sagte er. Auf dieses Sicherheitsvakuum, das von bestimmten Gruppierungen ausgenutzt werde, um Muslime und Christen gegeneinander aufzustacheln, verwies auch der koptisch-katholische Patriarch von Alexandria, Antonios Kardinal Naguib. Mit ihm traf sich Kauder zum Abschluss der Reise.

Zweiter Solidaritätsbesuch in diesem Jahr

Für den Fraktionsvorsitzenden ist es der zweite Besuch in Ägypten in kurzer Zeit. Bereits im Januar hatte er sich vor Ort über die Situation der Kopten informiert, nachdem bei einem Anschlag auf eine koptische Kirche in Alexandria am Neujahrstag 23 Menschen getötet worden waren. Damals hatte Kauder eine koptische Gemeinde besucht und war mit dem Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche, Papst Shenouda III., sowie mit weiteren Repräsentanten christlicher Kirchen zusammengetroffen. Auf diese Weise wollte er ein Zeichen der Solidarität mit den Christen setzen, die im Nahen und Mittleren Osten immer häufiger Opfer sinnloser Gewalt von Terroristen werden.



Die Delegation mit dem ägyptischen Tourismusminister Mounir Fakhry Abdel Nour

Volker Kauder reiste in Begleitung seines Stellvertreters Andreas Schockenhoff und der Obfrau der CDU/CSU-Fraktion im Bundestagsausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Ute Granold, nach Kairo. „Deutschland wird Ägypten auf dem Weg in die Demokratie begleiten. Die Menschen sollen wissen, dass wir sie unterstützen und für ihre Rechte eintreten. Vor allem bieten wir an, beim Prozess der Verfassungs-

„Die Ausschreitungen überschatten die ermutigenden Entwicklungen, als Kopten und Muslime vor drei Monaten gemeinsam auf dem Tahrir-Platz für einen friedlichen Systemwandel demonstrierten. Auch die anhaltende gesellschaftliche Diskriminierung der Kopten beunruhigt mich. Ich erwarte, dass in der neuen Verfassung die Religionsfreiheit ohne Einschränkungen verankert wird.“ Die Kopten machen etwa zehn Prozent der rund 80 Millio-

Forschungsqualität darf nicht verwässert werden

Konsultationen zum neuen EU-Rahmenprogramm

Wie soll die EU-Forschungsförderung aussehen, wenn 2013 das Siebte Forschungsrahmenprogramm ausgelaufen sein wird? Die EU-Kommission hat zu dieser Frage Konsultationen auf der Basis eines Grünbuches eingeleitet. Auch der Deutsche Bundestag hat sich im Mai mit einer Stellungnahme positioniert.

Bei einem Treffen mit EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn in der vergangenen Woche in Brüssel unterstrichen Fraktionsvize Michael Kretschmer und Berichterstatter Stefan Kaufmann die Erwartungen der CDU/CSU-Fraktion: Zentrales Förderkriterium muss auch in Zukunft die wissenschaftliche Exzellenz sein. Keinesfalls darf die Forschungsqualität zugunsten von

Länderquoten oder Kohäsionszielen aufgeweicht werden. Gerade der „Europäische Forschungsrat“ (ERC) hat sich als Instrument der Grundlagenforschung bewährt und muss finanziell in Zukunft deutlich ausgebaut werden.

Zwillingspartnerschaft für Länder mit Nachholbedarf

Mit Blick auf die neuen EU-Mitgliedstaaten sagte Kretschmer: „Wir brauchen eine ‚Treppe zur Exzellenz‘, damit der Nachholbedarf dort aufgeholt und eine Forschungsspitze aufgebaut werden kann, die im internationalen Wettbewerb mithalten kann.“ Bereits jetzt werde der Ruf nach einem Aufweichen der Förderkriterien lauter.

Um sicherzustellen, dass es hier keine Abstriche gebe, müsse forschungsschwächeren Ländern geholfen werden, trotz strenger Qualitätskriterien erfolgreich Anträge zu stellen. Über ein Twinning-Programm sollen Partner aus Mitgliedsstaaten, die sehr erfolgreich beim ERC abschneiden, mit einem Zwillingspartner (Twin) aus einem Staat mit Nachholbedarf zusammenarbeiten.

Arbeitnehmerfreizügigkeit bislang problemlos

Delegation der Arbeitnehmergruppe informiert sich über die Situation in Österreich

Die Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den acht mittel- und osteuropäischen Staaten, die der EU 2004 beigetreten sind, gilt in Deutschland und Österreich erst seit dem 1. Mai. Die Konsequenzen dieser Grenzöffnung für den Arbeitsmarkt in beiden Ländern standen im Mittelpunkt von Gesprächen, die eine Delegation der Arbeitnehmergruppe vergangene Woche in Österreich führte. Die Delegation hielt sich auf Einladung des österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes (ÖAAB) in der ÖVP in Wien auf. Sie traf mit der neuen Justizministerin Beatrix Karl sowie mit Parlamentariern im Nationalrat und den Landtagen zusammen. Die österreichischen Gesprächspartner erläuterten, dass das Land gut vorbereitet in die neue Situation gegangen sei. So seien ein Gesetz zur



Peter Weiß und die österreichische Justizministerin Beatrix Karl

Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping und zum Ausbau der Kontrollmechanismen auf den Weg gebracht worden. Die Arbeitnehmergruppe wies insbesondere darauf hin, dass in Deutschland allgemeinverbindliche Branchen-Mindestlöhne, unter anderem in der Zeitarbeit, verabschiedet worden seien, um sich für die neue Situation zu wappnen.

Grenzöffnung für Bulgarien und Rumänien hinauszögern

Die ÖAAB-Vertreter merkten an, dass gut zwei Wochen nach dem Wegfall der Beschäftigungshürden auf dem Arbeitsmarkt praktisch keine Auswirkungen festzustellen seien. Denkbar seien allerdings Probleme im Bereich der Entsendung von ausländischen Mitarbeitern ins Inland; hier werde die Entwicklung sehr aufmerksam verfolgt. Die österreichischen Gesprächspartner machten auch deutlich, dass sie sich in der Regierung dafür einsetzen wollen, die Grenzen für Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien erst in zwei Jahren zu öffnen. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit für diese beiden Länder würde regulär zum Jahresende wirksam.

Rente krisenfest machen

Unionsabgeordnete auf Informationsbesuch in Brüssel

Unionspolitiker haben in Brüssel darauf gedrungen, dass das Renteneintrittsalter in den EU-Mitgliedstaaten angeglichen wird. Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach, der sozial- und arbeitsmarktpolitische Sprecher Karl Schiewerling, der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, und der Berichterstatter für Internationale Beschäftigungs- und Sozialpolitik, Johann Wadephul, trafen sich vergangene Woche in Brüssel mit EU-Kommissaren und Europaparlamentariern der EVP, um über Themen wie Rente mit 67, die Portabilität von Betriebsrenten – also die Übertragung in den neuen Betrieb – und die Arbeitszeitrichtlinie zu diskutieren.

In Sachen Renteneintrittsalter machten die Unionsabgeordneten deutlich, dass Deutschland seine Hausaufgaben bereits gemacht habe, indem es bis 2030 die Rente mit 67 einführe. Die EU-Kommission müsse jetzt darauf hinwirken, dass auch in anderen Mitgliedstaaten die Alterssicherungssysteme krisen- und demografiefest ausgestattet würden.



Die Delegation in Brüssel

Was die Frage der Portabilität der Betriebsrenten angeht, so müssen künftige Regelungen nach Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf jeden Fall die Besonderheiten des deutschen Betriebsrentenrechts berücksichtigen. Es dürfe hier keinesfalls zu Verschlechterungen kommen.

Bei den Gesprächen ging es auch um die EU-Ziele zur Armutsbekämpfung bis 2020. Die Delegation betonte, dass das deutsche soziale Sicherungssystem vorbildlich sei, da es dauerhaft eine Grundsicherung garantiere, aus der niemand herausfalle.

Einheitsverpackungen für Zigaretten kritisch gesehen

Auch die anstehende Überarbeitung der Europäischen Tabakrichtlinie wurde diskutiert. Vor allem das geplante „Plain Packaging“ wird von vielen mittelständischen Unternehmen in Deutschland kritisch gesehen. Bei diesem neuen Verfahren sollen Zigaretten in weißen oder braunen Einheitspackungen verpackt werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion befürwortet und unterstützt nachdrücklich den Gesundheitsschutz der Bevölkerung, der durch die Überarbeitung der Tabakrichtlinie weiter verbessert werden soll. „Wir müssen jedoch auch die Interessen der mittelständischen Unternehmen im Blick haben, die als Zulieferer in der Tabakindustrie tätig sind. Für sie würden die jetzigen Vorschläge zum „Plain Packaging“ herbe Arbeitsplatzverluste bedeuten“, erklärte Fischbach.

Kraft des Aufschwungs für Arbeitsmarkt nutzen

Klausurtagung der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales in Coesfeld

„Wir müssen die Kraft des Aufschwungs nutzen, um den Arbeitsmarkt zu besonderer Stärke zu führen – eine Stärke, von der alle profitieren: Arbeitnehmer, Arbeitsuchende und Arbeitgeber gleichermaßen.“ Dies betonte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Karl Schiewerling, auf deren Klausurtagung im münsterländischen Coesfeld. Gäste der Klausurtagung in der vergangenen Woche waren unter anderem Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, der Präsident der Deutschen Rentenversicherung,

Herbert Rische, sowie der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Holger Schwannecke.

Die Unions-Abgeordneten warfen einen Blick in die Praxis eines mittelständischen Fahrzeugbau-Unternehmens, das die Weltwirtschaftskrise erfolgreich überstanden hat. Von Schmitz Cargobull, einem Hersteller von LKW-Aufliegern in Altenberge, ließen sie sich die hervorragende Wirkung von Arbeitsmarktinstrumenten wie der Kurzarbeit darlegen. „Unternehmen wie Schmitz Cargobull gingen auch dank der erstklassigen Politik der Union gestärkt aus der Krise“,

unterstrich Schiewerling.

Im Fokus der Beratungen in Coesfeld standen unter anderem die Fortentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die Perspektiven der Alterssicherung und Fragen der aktuellen Rentenpolitik sowie der Stand der Umsetzung bei den Hartz-IV-Reformen, insbesondere beim Bildungspaket. Angesichts des immer noch spärlichen Interesses von Seiten der Hartz-IV-Empfänger unterstrich Schiewerling: „Jetzt sind die Eltern am Zuge, die neuen Chancen für ihre Kinder auch zu nutzen.“

Elterngeld: Väterbeteiligung 2009 weiter gestiegen

Wiesbaden – Der Anteil der Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen, ist auch im Jahresverlauf 2009 weiter gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, haben Väter bei rund 157.000 der insgesamt 665.000 im Jahr 2009 geborenen Kinder Elterngeld bezogen. Dies entspricht einer Väterbeteiligung von 23,6 Prozent. Wie bereits im Jahr 2008 ist die Väterbeteiligung im Zeitverlauf angestiegen; und zwar von 23 Prozent im ersten Quartal auf 23,9 Prozent im dritten und vierten Quartal. Mütter bezogen in durchschnittlich 96 Prozent der Fälle Elterngeld.

Am häufigsten bezogen nach wie vor Väter in Sachsen (30,7 Prozent) Elterngeld, gefolgt von Bayern (30,2 Prozent) und Berlin (29,6 Prozent). Die mit Abstand geringste Inanspruchnahme des Elterngeldes gab es bei Vätern im Saarland (14 Prozent).

Veränderungen bei der Dauer der Inanspruchnahme gab es kaum. Nach wie vor bezogen drei von vier Vätern Elterngeld für maximal zwei Monate. Der Anteil der Väter mit einer zweimonatigen Bezugsdauer an allen Vätern mit Elterngeldbezug ist im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen, und zwar von rund 72 Prozent auf fast 75 Prozent. Mütter bezogen weiter in neun von zehn Fällen das Elterngeld für zwölf Monate.

Der durchschnittliche Elterngeldanspruch von Vätern, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren, lag im ersten Bezugsmonat bundesweit bei 1.171 Euro und damit mehr als ein Drittel (36 Prozent) höher als der vergleichbare Anspruch bei Müttern (861 Euro). Während der Anspruch bei Vätern sich im ersten Bezugsmonat um 40 Euro (plus 3,5 Prozent gegenüber 2008) erhöhte, stieg der Anspruch bei den Müttern um durchschnittlich 17 Euro beziehungsweise zwei Prozent.



Zeichnung: Tomicek

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducsu.de/newsletter abonnieren.

Termine

30. Mai/3./6. Juni 2011	Fraktionssitzungen zur Energiepolitik
27. Juni 2011	C-Kongress Lebensschutz
28. Juni 2011	Fraktionssommerfest
29. Juni 2011	Kongress Finanzmarktregulierung
5. Juli 2011	Sommerfest des Parlamentskreises Mittelstand

Die Fraktion und ihre Mitglieder

Julia Klöckner hat in dieser Woche ihr Bundestagsmandat niedergelegt, um sich ganz auf ihre Rolle als Oppositionsführerin im rheinland-pfälzischen Landtag zu konzentrieren. Die 38-Jährige aus dem Wahlkreis Kreuznach war seit 2002 Mitglied im Deutschen Bundestag. Schon zuvor

hatte die rheinland-pfälzische Landesvorsitzende, die seit 2010 auch Mitglied im Präsidium der Bundes-CDU ist, ihr Amt als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium niedergelegt, um sich ganz dem Landtagswahlkampf zu widmen.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducsu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
 Der Podcast von Volker Kauder ➔ ikauder.cducsu.de
 Fraktion direkt ➔ www.cducsu.de/fd
 (Bitte auf den Pfeil klicken.)



www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducsu



twitter.com/cducsu